



## **Putins Klaviatur der Machtpolitik – Der Westen zwischen Reaktion und Deeskalation**

**Dr. Klaus Olshausen**

**April 2014**

### **Das ISPSW**

---

Das Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW) ist ein privates, überparteiliches Forschungs- und Beratungsinstitut.

In einem immer komplexer werdenden internationalen Umfeld globalisierter Wirtschaftsprozesse, weltumspannender politischer, ökologischer und soziokultureller Veränderungen, die zugleich große Chancen, aber auch Risiken beinhalten, sind unternehmerische wie politische Entscheidungsträger heute mehr denn je auf den Rat hochqualifizierter Experten angewiesen.

Das ISPSW bietet verschiedene Dienstleistungen – einschließlich strategischer Analysen, Sicherheitsberatung, Executive Coaching und interkulturelles Führungstraining – an.

Die Publikationen des ISPSW umfassen ein breites Spektrum politischer, wirtschaftlicher, sicherheits- und verteidigungspolitischer Analysen sowie Themen im Bereich internationaler Beziehungen.

### **Über den Autor dieses Beitrags**

---

Generalleutnant a.D. Dr. Klaus Olshausen war von 2006 bis 2013 Präsident der Clausewitz-Gesellschaft. Zuvor war er Deutscher Militärischer Vertreter im Militärausschuss der NATO, bei der WEU und EU, HQ NATO, Brüssel.



*Dr. Klaus Olshausen*



## ANALYSE

---

Am 1. und 2. April tagten in Brüssel die Außenminister der Mitgliedstaaten der NATO. Es war ihr reguläres Frühjahrstreffen und doch war vieles anders. Die Aggression Russlands auf der Krim, die Annexion dieses Gebietes und die fortdauernden (Droh-)Gebärden Russlands gegenüber der Ukraine durch massive Truppenpräsenz an deren Ostgrenze, aber auch durch massive Erhöhung des Gaspreises für die Ukraine konnten nicht übergangen werden und bestimmten den ersten Tag des Treffens.

Putin hatte sich mit seiner Rede am 18. März nach dem „schnell hingebogenen“ Referendum eindeutig gegen den Westen in Stellung gebracht. Das war nicht ganz neu, denn schon 2007 auf der Münchner Sicherheitskonferenz hatte Putin eine ähnlich kritische Position vorgetragen. Russland sei ein unabhängiger, aktiver Teilnehmer in internationalen Angelegenheiten. Es habe – wie andere – eigene nationale Interessen, die andere in Rechnung stellen und respektieren müssten. Selbstbewusst erwarte er, dass insbesondere Amerikaner und Deutsche sein Vorgehen „für Freiheit“ und „Wiedervereinigung“ verstehen sollten, ja die Deutschen – in Dankbarkeit für die sowjetische Unterstützung für die deutsche Wiedervereinigung – die russischen Aspirationen sogar aktiv unterstützen sollten.

Das offensive und ab 22. Februar auch aggressive Vorgehen Russlands, um das (Zwischen-)Ziel der Wiedergewinnung der Krim zu erreichen, entsprach seiner Einstellung, dass man *„in einem vaterländischen Feldzug vor allem den Sieg im Kopf haben (muss) und nicht bedenkvolle Fehlervermeidung“*. (Zeit Nr. 13, v. 20.03.14)

Die von Außenminister Lawrow in den Gesprächen mit Außenminister Kerry vorgetragenen Forderungen, wie sich eine künftige Ukraine gestalten müsse, zeigen die Fortsetzung der politischen Offensive. Das gilt auch für die Forderung nach Auskünften der NATO über ihre Vorhaben in den östlichen Staaten der Allianz bei gleichzeitigem Hinweis, dass es nur Sache Russlands sei, wie und wo man seine Streitkräfte auf dem eigenen Territorium einsetze.

Und jetzt folgt mit der drastischen Anhebung der Gaspreise für die Ukraine auf 485,50 Dollar für 1.000 Kubikmeter der Druck auf der ökonomischen Seite, um die Übergangsregierung in den Bankrott – verbunden mit Chaos – zu treiben. Dies wird auf der Basis der rechtswidrigen Annexion der Krim begründet, da damit der Pachtvertrag mit der Ukraine für die russische Schwarzmeerflotte hinfällig geworden sei. Russland nutzt alle Register, um seinen Zielen in der Ukraine näher zu kommen.

Vergleicht man das Handeln Russlands mit dem Vorgehen der USA, der EU und der NATO wird deutlich, dass der „Westen“ und die Übergangsregierung in Kiew gegen die Aggression auf der Krim außer der öffentlichen Verurteilung als Bruch des Völkerrechts und der ukrainischen Verfassung keine wirksamen Mittel zu Geltung bringen konnten. Niemand kam auf die Idee, die Auseinandersetzung mit Russland auf einen anderen Fokuspunkt – wie den Zugang zu Kaliningrad – zu verlegen. Alle westlichen Staaten schlossen von Anfang an den Einsatz militärischer Mittel aus, und die Regierung in Kiew sah in einer erfolglosen Opferung ihrer Soldaten und deren Familien auf der Krim keinen Ausweg, sondern – nicht unberechtigt – nur die Gefahr, dass damit der Großangriff Russlands auf die gesamte Ukraine ausgelöst würde.

Damit ist absehbar, dass die annektierte Krim die „frozen conflicts“ um einen weiteren vermehrt. Die internationale Gemeinschaft im Allgemeinen und die westlichen Staaten im Besonderen belassen es bei der Verurteilung der Annexion, beschließen wenige restriktive Maßnahmen gegen russische Führungspersonen und stützen die politische (Selbst-)Isolierung Russlands in einigen internationalen Gremien. Die weitere Entwicklung in der



Krise in der und um die Ukraine entscheidet sich aber nur zu einem Teil durch glaubwürdige abschreckende und eindämmende Maßnahmen gegen Russland, sondern vielmehr durch intensive politische, wirtschaftliche, finanzielle, ja auch soziale Unterstützungsleistungen für die Übergangsregierung und nach dem 25. Mai der (hoffentlich) frei gewählten neuen Regierung wie der ukrainischen Zivilgesellschaft. Eine eindämmende und abschreckende Wirkung wird zum einen durch die klare Rückversicherung der östlichen Staaten zur Kollektiven Verteidigung der NATO – wie der EU gemäß Vertrag von Lissabon – erreicht und zum anderen durch das Festhalten an und Ausbauen der besonderen Partnerschaft der NATO mit der Ukraine. Zu letzterem bieten die Entscheidungen und Ankündigungen der Außenminister der NATO wichtige Ansatzpunkte. Dies, obwohl über die Art und das Ausmaß der Maßnahmen zur Stärkung kollektiven Verteidigung noch intensive Diskussionen zu erwarten sind, wenn mehr als „Air Policing“ und Marineübungen in der Ostsee ins Blickfeld rücken.

Die EU Außenminister haben beim Treffen in Athen keine weiteren Maßnahmen gegen Russland beschlossen, sondern sich auf die Unterstützung der Ukraine konzentriert. Dabei werden die Auswirkungen des überhöhten russischen Gaspreises für die Ukraine deren finanziellen Schwierigkeiten eine weitere hinzufügen. Die EU Mitgliedstaaten werden also entweder der Ukraine zusätzliche Mittel oder eigenes Gas zur Verfügung stellen müssen oder Russland signalisieren, dass man eigene Abnahmen von russischem Gas um die Menge des verlangten Mehrpreises für die Ukraine verringern wird. In jedem Fall zeichnet sich ab, dass die Forderung der EU, die ukrainischen Subventionen für den Gasverbrauchspreis zu verringern einerseits und die gleichzeitige explosionsartige Erhöhung des Lieferpreises durch Russland zu einer Zerreißprobe in der ukrainischen Politik und Gesellschaft führen werden. Eine solche Zerreißprobe wird Putin gezielt für sein Ziel der Destabilisierung und ggf. der Teilung oder vollen Besetzung der Ukraine nutzen, wenn der „Westen“ nicht präventiv der Gaspreiserhöhung und der militärischen Einschüchterung durch Russland eigene politische und ökonomische Maßnahmen gegen Russland entgegensetzt und für die Ukraine Hilfsmaßnahmen in die Tat umsetzt.

Putin lässt keinen Zweifel an seinen Zielen. Seiner kalkulierten Eskalation setzen Hinweise, dass man einen „politischen Dialog führen wolle“, keine Grenze. Will der „Westen“ nicht dauerhaft in der Reaktion verharren oder gar zur Hinnahme weiterer russischer expansiver Schritte verdammt sein, muss er das Feld der Offensive in wirtschaftlichen Feldern suchen, die Russland treffen, und Putin zur Überprüfung seiner Zweck-Ziel-Mittel Kalkulation veranlassen. Denn ein Machtpolitiker wie Putin wird sich durch ständige Wiederholung, dass man an Deeskalation interessiert sei, nicht im eigenen Handeln beirren lassen – was die vergangenen sechs Wochen ausreichend erkennen lassen.

\*\*\*

**Anmerkung:**

*Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder. Er erschien erstmalig im "NV Newsletter Verteidigung" Nr. 14/2014.*